

Politische Bildung in der Erwachsenenbildung



19. November 2025
Regionalkonferenz Weiterbildung
Bezirksregierung Düsseldorf

Unabhängig – nicht neutral!
Situation und Perspektiven in der (politischen) Weiterbildung

 **Dr. Helle Becker**
 Expertise & Kommunikation für Bildung

**TRANSFER
FÜR BILDUNG**

© Dr. Helle Becker

1

**TRANSFER
FÜR BILDUNG**

www.transfer-politische-bildung.de

Transfer für Bildung (TfB) e.V.
 setzt sich für den Austausch und
 die Zusammenarbeit von
 Wissenschaft und Praxis der
 politischen, internationalen und
 kulturellen Bildung ein.

**Fachstelle
politische
Bildung**





© Dr. Helle Becker

Working Paper 2

**Monitor: Wirkungsforschung zur
nonformalen politischen Bildung**
 Bestandsaufnahme und Analyse von
 Forschungssituation und Fachdebatte



Posenau, Dirk / Becker, Helle / Hansek, Marcel

Working Paper 3

**Monitor: Evaluation im Bereich der
nonformalen politischen Bildung**
 Bestandsaufnahme und Analyse von
 Forschungssituation und Fachdebatte



Hansek, Marcel / Becker, Helle / Posenau, Dirk

Working Paper 1

**Monitor: Empirische Grundlagenforschung
zur Praxis nonformaler politischer Bildung**
 Bestandsaufnahme und Analyse von
 Forschungssituation und Fachdebatte



Posenau, Dirk / Becker, Helle / Hansek, Marcel

2

Politische Bildung in der Erwachsenenbildung



Unabhängig – nicht neutral!
Situation und Perspektiven in der (politischen) Weiterbildung

Politische Bildungsarbeit und ihre Träger sehen sich in den letzten Jahren zahlreichen und existenzbedrohenden Angriffen ausgesetzt.

Nachdem sich die Kritik lange auf vermeintlich „linke“ oder „woke“ Akteure bezog, werden inzwischen auch tendenziell konservative Organisationen angegriffen.

Angriffe zielen vor allem darauf ab, deren Unabhängigkeit einzuschränken.

Ein zentraler Vorwurf ist fehlende politische Neutralität.

Die Debatten sind oft unscharf, vor allem wenn Fragen öffentlicher Förderung (Grundrechte, Vergaberecht) und Gemeinnützigkeitsfragen (Steuerrecht) nicht getrennt werden (können).

Impuls heute:

- Was wissenschaftliche Befunde zur Situation aussagen
- Warum politische Bildung unabhängig sein muss
- Welche Gegenstrategien es gibt

© Dr. Helle Becker

3

Politische Bildung in der Erwachsenenbildung



Befunde

Die empirische Beforschung zur Situation politischer Bildung betrifft vor allem die Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere die Jugend(sozial)arbeit, sowie Nicht-Regierungsorganisationen;

weniger die Weiterbildung/ (politische) Erwachsenenbildung.

Einige Beispiele....

Transferstelle
politische
Bildung

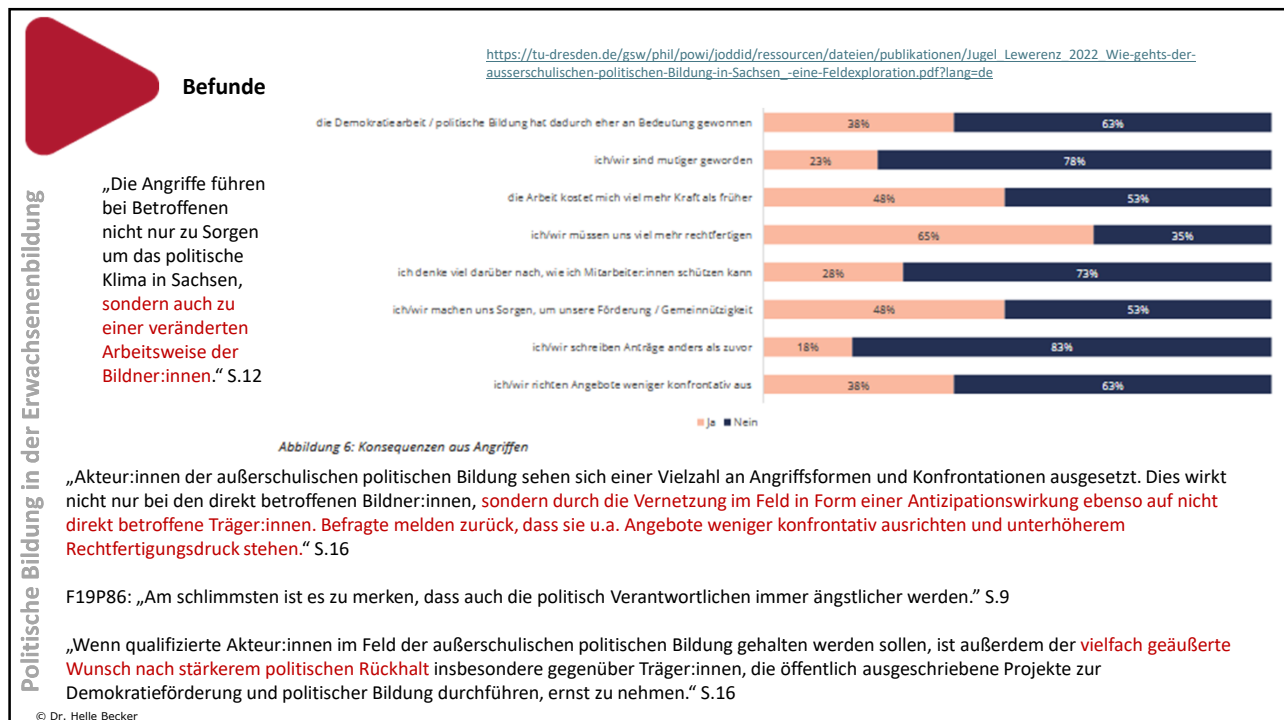


© Dr. Helle Becker

4



5



6

Politische Bildung in der Erwachsenenbildung

Befunde



Thomas Laux, Teresa Lindenauer

Engagiert und gefährdet

Ausmaß und Ursachen rechter Bedrohungen der politischen Bildung in Sachsen

EIN PROJEKT DER OTTO BRENNER STIFTUNG
FRANKFURT AM MAIN 2024

Tabelle 2:
Vorkommnisse im Rahmen der Tätigkeit in der politischen Bildung in Sachsen
(N = 134, Angaben in Prozent)²⁵

	nie	selten	gelegentlich	häufig	ständig
Beleidigungen im persönlichen Gespräch, via Telefon oder via E-Mail	21,6	34,3	31,3	10,4	2,2
Gewaltandrohung im persönlichen Gespräch, via Telefon oder via E-Mail	53,0	29,9	11,9	5,2	0
Hatespeech oder Beleidigungen im Internet	42,5	30,6	15,7	9,7	1,5
Anfeindungen von Familie oder des persönlichen Umfelds	76,9	14,2	7,5	1,5	0
Androhung, die Finanzierung zu streichen	38,8	22,4	25,4	8,2	5,2
Hacking oder Cyberattacken	77,6	17,9	3,0	1,5	0
Gezielte Störung oder Behinderung der Arbeit	29,1	35,8	30,6	3,7	0,7
Strafanzeigen bzw. die Drohung damit	73,9	20,1	5,2	0,7	0
Sachbeschädigung und Vandalismus	59,7	27,6	8,2	3,7	0,7
Körperliche Übergriffe	81,3	13,4	4,5	0,7	0

Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung. Abweichungen von 100 Prozent beruhen auf Rundungen.

Transferstelle politische Bildung 

© Dr. Helle Becker

7

Politische Bildung in der Erwachsenenbildung

Befunde

„Erhoben [werden Vorwürfe, HB] allen voran von der AfD. Dabei geht es um »[v]ermeintliche Verstöße gegen das sogenannte ›Neutralitätsgebot‹, weil man sich gegen Rassismus und extreme Rechte positioniert, Verstöße gegen den Beutelsbacher Konsens in der politischen Bildungsarbeit (Indoktrination). Verstoß gegen das Kontroversitätsgebot in der Jugend- und Bildungsarbeit, weil man nicht alle Meinungen zulasse« (164, Berlin).

In einer Reihe von Fällen hängen ihre Vorstöße direkt damit zusammen, dass sie selbst sich politisch angegriffen oder ausgegrenzt sieht:
»Bildungsangebote, welche sich kritisch mit [der] AfD auseinandersetzen« (126, Brandenburg), ihre Erwähnung in einem Ausschreibungstext für ein Argumentationstraining gegen Stammtischparolen, die »Unterstützung einer Demonstration gegen die AfD« (002, Sachsen), »Vorwürfe undemokratischen Verhaltens« (119, Mecklenburg-Vorpommern), weil die Partei nicht zu Veranstaltungen eingeladen wird oder die Absage von Anmietungsanfragen werden [...] jeweils als Verletzung von ›Neutralitätsgeboten‹ bezeichnet.“ (S.44f.)



Transferstelle politische Bildung 

© Dr. Helle Becker

8

Politische Bildung in der Erwachsenenbildung

Befunde

Nils Schuhmacher, Moritz Schwerthelm, Gillian Zimmermann (2021): Stay with the Trouble. Politische Interventionen im Arbeitsfeld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, hrsg. v. d. Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e. V. - BAG OKJE
https://www.kvis.de/fileadmin/dateien/jugend/Kinder-_und_Jugendarbeit_Jugendsozialarbeit/Offene_Kinder-_und_Jugendarbeit/2021_BAG_OKJE_Studie_Stay_with_the_Trouble.pdf

Infragestellungen von ›Neutralität‹ bleiben allerdings nicht auf die AfD beschränkt. [...] Landrats-, zum Teil auch Jugendämter sehen durch Sticker, Graffitis und Konzertveranstaltungen die Neutralität gefährdet oder monieren Inschriften, in denen »eine ablehnende Haltung gegenüber der AfD« (041, Sachsen) zum Ausdruck kommt. (S.45)

„Neben der politischen ›Mäßigung‹, verstanden als Abgrenzung von ›extremistischen‹ Positionen, besteht ein zentrales Lösungsangebot in der Forderung und dem Versprechen, Jugendarbeit als konfliktfreie, harmlose und nicht weiter störende Freizeitgestaltung konzipieren und umsetzen zu können. Ein zentraler Begriff, um den sich diese Vorstellung aufbaut, ist ›Neutralität.‹“ (S.44)

Schaubild 11: Reaktionen und Co-Interventionen weiterer Akteure

Transferstelle politische Bildung

© Dr. Helle Becker

9

Politische Bildung in der Erwachsenenbildung

Befunde

Brandmauern im Bildungswesen (2025)
Einflüsse der extremen Rechten in der Erwachsenen- und Weiterbildung
 Qualitative Umfrage (läuft noch, 57 Fallstudien bis 01.07.2025)

Das Citizen-Science Projekt „Brandmauern im Bildungswesen“ fragt folglich nach Einflüssen der extremen Rechten auf die Erwachsenenbildung und nach tragfähigen Gegenstrategien. Die Befunde der 72 Fallberichte zeigen eine massive Einflussnahme von Rechts sowie die Gegenstrategien der Einrichtungen und Verbände. Auf der Makro-Ebene zeigt sich, dass die AfD die politischen Gremien immer wieder mit kleinen Anfragen/Anträgen z.B. zum Thema Integrationskurse beschäftigt. Zudem zeigen Befunde auf der Meso-Ebene, dass auch innerhalb der Belegschaften rechte Ansichten vertreten, aber auch Unterwanderungen abgewehrt werden. Auf der Mikro-Ebene zeigen sich gezielte Störungen, jedoch auch unterschiedlich effektive Gegenkonzepte.

- Aggressive Kritik an Integrationskursen („Migrationsindustrie“, „Flüchtlingsalphabetisierung“, „Integrationsverweigerer“)
- Diskreditierung von Alphabetisierung, Einfacher Sprache und Inklusion
- Große Anfrage der AfD-Fraktion „Alphabetisierung von Asylsuchern, Asylantragstellern, Schutzberechtigten oder Bleibeberechtigten und Integrationsarbeit“, Kleine Anfrage der AfD zur „Durchsetzung des Gendersternverbots (in VHS)“
- Anforderung von Räumen

Prof. Dr. Anke Grotlüschen
 Universität Hamburg
<https://uhh.de/ew-brabi>

Transferstelle politische Bildung

© Dr. Helle Becker

10

Politische Bildung in der Erwachsenenbildung



Befunde

Eine Thematisierung, nicht selten Skandalisierung, des so genannten Neutralitätsgebots erfolgt nicht selten in der Presse (diese wird z.T. als Anlass oder Quelle genannt, z.B. bei parlamentarischen Anfragen).

Auffällig ist die diffamierende Sprache (Siri Hummel/Peter Schubert 2025: Das Anti-NGO-Narrativ), die darauf schließen lässt, dass es weniger um eine sachliche Auseinandersetzung geht als um (partei)politische Interessen.

Sämann: „Die aktuelle Konjunktur der Neutralitätsforderung in der Bildung (...) kann daher in erster Linie als Versuch der Einflussnahme im vorpolitischen Raum der Bildung betrachtet werden, bei dem durch das Beharren auf einem vermeintlichen „Neutralitätsgebot“ emanzipatorische Akteure delegitimiert werden sollen. Gemeinsam mit den geäußerten Ideologie- und Indoktrinationsvorwürfen muss dies als Element der Neuen Rechten in der Aushandlung von Machtverhältnissen verstanden werden (Dirim et al. 2016, S. 90).“ Sie sind daher als „Mittel der Diskursverschiebung aufzufassen“. (S.429)

Transferstelle politische Bildung 

Sämann, Jana (2020): „Dieser Angriff gilt nicht nur uns, sondern einer demokratischen Zivilgesellschaft überhaupt“. Das Postulat eines "Neutralitätsgebotes" als Strategie der Delegitimierung emanzipatorischer Kinder- und Jugendarbeit In: deutsche jugend 68 (2020) 10, S. 424-431

© Dr. Helle Becker

11

Politische Bildung in der Erwachsenenbildung



Befunde

„Eine solche Rhetorik erzeugt ein Klima des Misstrauens gegenüber zivilgesellschaftlicher Beteiligung insgesamt und befördert eine Spaltung innerhalb der Zivilgesellschaft – etwa zwischen „guten“ unpolitischen Vereinen und „verdächtigen“ politisch engagierten Akteuren.

Die Folge wäre eine schleichende Entpolitisierung des gemeinwohlorientierten Engagements, das gerade in pluralistischen Demokratien eine unverzichtbare Rolle spielt: als Korrektiv, als Artikulationsraum für Minderheiteninteressen, als Frühwarnsystem gegenüber autoritären Entwicklungen. Wer Zivilgesellschaft pauschal politisch delegitimiert, schwächt nicht nur bestimmte Organisationen, sondern trifft das Fundament demokratischer Selbstorganisation.“ (S.9)

Hummel, S., & Schubert, P. (2025). Das Anti-NGO-Narrativ: Wie versucht wird, die Zivilgesellschaft zu delegitimieren. (Opuscula, 200). Berlin: Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ss0ar-104718-8>

„Neben der politischen ›Mäßigung‹, verstanden als Abgrenzung von ›extremistischen‹ Positionen, besteht ein zentrales Lösungsangebot in der Forderung und dem Versprechen, Jugendarbeit als konfliktfreie, harmlose und nicht weiter störende Freizeitgestaltung konzipieren und umsetzen zu können. Ein zentraler Begriff, um den sich diese Vorstellung aufbaut, ist ›Neutralität‹.“ (S.44)

Transferstelle politische Bildung 

Nils Schuhmacher, Moritz Schwerthelm, Gillian Zimmermann (2021): Stay with the Trouble. Politische Interventionen im Arbeitsfeld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, hrsg. v. d. Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e. V. - BAG OKJE https://www.kvjs.de/fileadmin/dateien/jugend/Kinder- und Jugendarbeit_Jugendsozialarbeit/Offene_Kinder- und Jugendarbeit/2021_BAG_OKJE_Studie_Stay_with_the_Trouble.pdf

© Dr. Helle Becker

12

Politische Bildung in der Erwachsenenbildung



Befunde

Jana Sämman unterscheidet drei individuelle Reaktionen im Diskurs:

Dethematisierung
„Neutralität als Abstinenz“ (Meilhammer 2008, S. 59), in dem Sinne, dass als politisch umstritten aufgefasste Themen in den Räumen der Bildungsinstitutionen keinen Platz haben sollten.

Neutralität des Dozenten
Neutralität des Dozenten“ (Meilhammer 2008, S. 62), verstanden als unbedingte Pflicht zur Meinungsenthaltung einer Lehrperson

Neutralität als das „Geltenlassen von allem“
Konzept von Neutralität, verstanden als „Geltenlassen von allem“ (Meilhammer 2008, S. 66), also eine Vorstellung von unbedingter Gleichbehandlung und einem Gleichwertigkeitszuspruch zu jeder Äußerung im politischen Diskurs

Wertgebundenheit muss als Merkmal professioneller politischer Bildung angesehen werden,

„denn Bildung, Erziehung und Soziale Arbeit sind immer politisch und nie neutral. Ein Nicht-Verhalten oder eine Nicht-Positionierung gibt es nicht, und allein der Versuch, in gesellschaftlichen Dominanz- und Ungleichheitsverhältnissen „neutral“ zu sein, bedeutet eine Affirmation und eine Legitimierung dieser Verhältnisse.“

Sämman, Jana (2020): „Dieser Angriff gilt nicht nur uns, sondern einer demokratischen Zivilgesellschaft überhaupt“. Das Postulat eines "Neutralitätsgebotes" als Strategie der Delegitimierung emanzipatorischer Kinder- und Jugendarbeit In: deutsche jugend 68 (2020) 10, S. 424-431

Transferstelle politische Bildung 

© Dr. Helle Becker

13

Politische Bildung in der Erwachsenenbildung



Fach-Exkurs: Warum Unabhängigkeit wichtiger denn je ist

Politische Bildungsarbeit soll das Verständnis für politische Sachverhalte fördern und Menschen motivieren und stärken, mündig, kritisch, aktiv und unter Beachtung der demokratischen Werte am politischen Leben teilzunehmen sowie ihre Interessen zu vertreten. (Wirkungsziele)

Politische Bildungsarbeit bietet dafür Räume, um öffentliche Angelegenheiten zu erkennen, kritisch zu reflektieren, kontrovers zu diskutieren sowie politische Meinungsprozesse und Handlungsoptionen anzuregen. (Handlungsziele)

Politische Bildungsarbeit ist nicht „neutral“, sondern demokratischen Werten, dem Grundgesetz und den Menschenrechten verpflichtet.
Ihr berufsethisches Selbstverständnis orientiert sich am Beutelsbacher Konsens, dessen Beachtung von vielen Förderprogrammen und Anerkennungsverfahren zur Bedingung gemacht wird.

Bildungstheoretisch folgt sie als nicht-schulisches Angebot den Prinzipien Freiwilligkeit, Subjektorientierung und Selbstbildung und orientiert sich damit an aufklärerischen und emanzipatorischen Leitideen.

Transferstelle politische Bildung 

© Dr. Helle Becker

14

Politische Bildung in der Erwachsenenbildung



Fach-Exkurs: Warum Unabhängigkeit wichtiger denn je ist

„Je benachteiligter sich Menschen fühlen und je weniger sie sich als Teil der Gemeinschaft wahrnehmen, desto wahrscheinlicher stellt sich ein Gefühl der Unzufriedenheit mit ihren Lebensbedingungen ein. Das überträgt sich auch auf die Einstellung zur Demokratie und kann bis zur Ablehnung des demokratischen Systems führen.“

Quelle: Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen / LpB NRW (Hrsg.) (2023). 2. Demokratiebericht.

Es sind vor allem diejenigen, die sich nicht gesehen, nicht gehört, nicht beteiligt fühlen – die kritisch zur Demokratie stehen.

Es fehlen Räume für offene, konstruktive Auseinandersetzungen – bezogen auf die eigene Identität, Freiheit, Interessen, Konflikte, die Legitimität von Regeln, Macht und Herrschaft, zu Vorstellungen von einem guten Leben.

Transferstelle politische Bildung

© Dr. Helle Becker

15

Politische Bildung in der Erwachsenenbildung



Fach-Exkurs: Warum Unabhängigkeit wichtiger denn je ist

Genau das verbinden Menschen in NRW mit Demokratie:

Neben klassischen Elementen wie Rechtsstaatlichkeit (97%), Gewaltenteilung (92%) und die Möglichkeit von Machtwechseln durch Wahlen (96 %),

Sind es vor allem Chancengleichheit (95 %), Meinungs- und Pressefreiheit (Spitzenplatz mit 98%), **das offene Austragen von Konflikten (90%), einhergehend mit Respekt vor Andersdenkenden (96 %) und der Kompromissfähigkeit bei politischen Entscheidungen (96 %).**

Quelle: Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen / LpB NRW (Hrsg.) (2023). 2. Demokratiebericht.

Transferstelle politische Bildung

© Dr. Helle Becker

16



Fach-Exkurs: Warum Unabhängigkeit wichtiger denn je ist

Da sind sie hellsichtig. Ein Mehr an Veränderungen und Diversifizierung der Gesellschaft bringt gesellschaftliche Transformationsprozesse mit sich, die mehr Auseinandersetzung auf zivilgesellschaftlicher Ebene verlangen – vor allem dort, wo die Politik nicht hinterherkommt: mehr Debatte, Streit und Kompromisse:

„Auseinandersetzungen wie die derzeitige, sind systemisch notwendig. Unterhalb der Ebene verfasster Staatlichkeit laufen stets eine Vielzahl gesellschaftlicher Transformationsprozesse ab, die von Zeit zu Zeit die Machtverteilung in Frage stellen und nach Grundsatzdiskursen verlangen. Eine parlamentarische Demokratie gelangt (dann) aber an ihre Grenzen, wenn die Vielschichtigkeit der gesellschaftlichen Transformationsprozesse nicht hinreichend abgebildet wird in zyklisch-ritualisierten Wahlkämpfen (...). Und eben dies ist derzeit offensichtlich der Fall.“

Quelle: Forschungsverbund gesellschaftlicher Zusammenhalt und interkulturelle Integration in Sachsen, <https://www.philol.uni-leipzig.de/sorabistik/forschung/forschungsverbund>



© Dr. Helle Becker

17



Fach-Exkurs: Warum Unabhängigkeit wichtiger denn je ist

Streit ist Element jeder Demokratie und für gesellschaftlichen Zusammenhalt:

„Ich rate dazu, diesen notwendigen Streit fröhlich anzunehmen und mit Gelassenheit zu führen – er ist die beste Form des Zusammenhalts, die wir haben.“

Matthias Middell, Direktor des Research Centre Global Dynamics der Universität Leipzig und einer der Sprecher des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ): Quelle: <https://www.uni-leipzig.de/newsdetail/artikel/matthias-middell-im-gespraech-ueber-neue-globale-dynamiken-des-zusammenhalts-2023-09-06>



© Dr. Helle Becker

18

Politische Bildung in der Erwachsenenbildung

Fach-Exkurs: Warum Unabhängigkeit wichtiger denn je ist

83 Prozent der Bürger*innen in NRW können sich vorstellen, Angebote politischer Bildung wahrzunehmen. Aber sie möchten nicht nur, dass ihnen Wissen über politische Prozesse und Themen vermittelt wird, sondern vor allem

1. dass sie durch politische Bildung in die Lage versetzt werden, aktiv an politischen Diskussionen teilzunehmen und politische Entscheidungen mit zu beeinflussen
1. und dass politische Bildung dazu beiträgt, die Qualität des öffentlichen Diskurses zu verbessern und die politische Teilhabe zu befördern.

Quelle: Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen / LpB NRW (Hrsg.) (2023). 2. Demokratiebericht.

Dass die Auseinandersetzung mit Anderen nicht nur eine Erwartung, sondern auch ein Faktor für Bildungswirkungen ist, zeigt eine Analyse von Wirkungsbedingungen nonformaler politischer Bildung, die wir zurzeit in der *Fachstelle politische Bildung* vornehmen. Wir haben u.a. eine Liste der in aktuellen Studien meistgenannten Wirkungsbedingungen aufgestellt. Unter den 8 häufigsten sind:

1. Kontrasterfahrungen
2. Auseinandersetzung mit vielfältigen Perspektiven
3. Austausch mit Teilnehmenden aus unterschiedlichen Milieus

Working Paper 2

Monitor: Wirkungsforschung zur nonformalen politischen Bildung

Bestandsaufnahme und Analyse von Forschungssituation und Fachdebatte



Posenau, Dirk / Becker, Helle / Hansek, Marcel

Entstanden im Rahmen des Projekts
Fachstelle politische Bildung • Wissens Hub

Fachstelle politische Bildung

© Dr. Helle Becker

19

Politische Bildung in der Erwachsenenbildung

Fach-Exkurs: Warum Unabhängigkeit wichtiger denn je ist

- Politische Bildung muss mehr **Räume des Politischen schaffen**, in denen sich Menschen austauschen können, miteinander konstruktiv streiten können: über Fragen der eigenen Identität, zu Freiheit, Legitimität von Regeln und Vorstellungen von einem guten Leben.
- Politische Bildung muss **Möglichkeiten eröffnen, die Gesellschaft aktiv mitzugestalten, Beteiligung begleiten und unterstützen**.
- Politische Bildung muss die **Offenheit, Pluralität und Kontroversität von Diskursräumen verteidigen**, die durch Hassreden und Polarisierung unter Druck geraten oder eingeschränkt werden, damit sich Menschen meinungsvielfältig, ergebnisoffen, kritisch und sachbezogen mit politischen Themen auseinandersetzen können.
- Sie muss zugleich Menschen ermöglichen und befähigen, politische und gesellschaftliche Realitäten kritisch an den Werten von Demokratie und Menschenrechte zu messen.

„Das Erkennen, Benennen und Bekämpfen rassistischer, sexistischer, sozialchauvinistischer und anderer menschenfeindlicher Entwicklungen in allen gesellschaftlichen Bereichen ist ebenso als Ziel politischer Bildung zu benennen wie die Beschäftigung mit der Idee, wie Gesellschaft gestaltet sein soll und wie die Entwicklung dahin aussehen kann.“

Sämman, Jana (2020): „Dieser Angriff gilt nicht nur uns, sondern einer demokratischen Zivilgesellschaft überhaupt“. Das Postulat eines "Neutralitätsgebotes" als Strategie der Delegitimierung emanzipatorischer Kinder- und Jugendarbeit In: deutsche jugend 68 (2020) 10, S. 424-431

Dafür muss sie unabhängig von Parteien und Staat agieren können.

Transferstelle politische Bildung



© Dr. Helle Becker

20

Politische Bildung in der Erwachsenenbildung



Gegenwehr

Mit Fortschreiten und der Ausweitung der Angriffe und Debatten wachsen auch die Gegenwehr.

Einige Beispiele....

Politische Bildung in der Erwachsenenbildung



© Dr. Helle Becker

21

Politische Bildung in der Erwachsenenbildung



Gegenwehr: Gesetze

Weiterbildungsgesetz Nordrhein-Westfalen
§ 3 Aufgaben der Weiterbildung

(1) Das Bildungsangebot der Einrichtungen der Weiterbildung umfasst Inhalte, die die Entfaltung der Persönlichkeit fördern, **die Fähigkeit zur Mitgestaltung des demokratischen Gemeinwesens stärken** und die Anforderungen der Arbeitswelt bewältigen helfen. Es umfasst die Bereiche der allgemeinen, beruflichen und kulturellen Weiterbildung, berücksichtigt eine Bildung für nachhaltige Entwicklung und schließt den Erwerb von Schulabschlüssen und Eltern- und Familienbildung ein. **Es umfasst auch den Bereich der politischen Bildung, die dazu dient, Zusammenhänge im politischen Geschehen zu erkennen, Toleranz und Kritikfähigkeit zu vermitteln und zu stärken und damit zur Herausbildung und Weiterentwicklung von aktiver gesellschaftlicher Partizipation und politischer Beteiligung beizutragen.**

Beamtenstatusgesetz
Gesetz zur Regelung des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten in den Ländern (Beamtenstatusgesetz - BeamStG)

§ 33 Grundpflichten

(1) Beamtinnen und Beamte dienen dem ganzen Volk, nicht einer Partei. Sie haben ihre Aufgaben **unparteiisch und gerecht** zu erfüllen und ihr Amt zum Wohl der Allgemeinheit zu führen. Beamtinnen und Beamte **müssen sich durch ihr gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung** im Sinne des Grundgesetzes bekennen und für deren Erhaltung eintreten.

(2) Beamtinnen und Beamte haben **bei politischer Betätigung diejenige Mäßigung und Zurückhaltung zu wahren**, die sich aus ihrer Stellung gegenüber der Allgemeinheit und aus der Rücksicht auf die Pflichten ihres Amtes ergibt.

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

Art 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

Art 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Art 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten.

Sozialgesetzbuch (SGB) - Aches Buch (VIII) - Kinder- und Jugendhilfe - (Artikel 1 des Gesetzes v. 26. Juni 1990, BGBl. I S. 1163)
§ 1 Recht auf Erziehung, Elternverantwortung, Jugendhilfe
(1) Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.

Politische Bildung in der Erwachsenenbildung



© Dr. Helle Becker

22

Gegenwehr: Gesetze

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN 18. Wahlperiode

Drucksache **18/14527**

Gesetz zur Stärkung der Unabhängigkeit und Überparteilichkeit der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen

„Im Zuge der Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen erfolgt **zur organisatorischen Stärkung der Unabhängigkeit und Überparteilichkeit** eine Umstrukturierung. Die Landeszentrale wird verfasst als **teilrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts bei der Präsidentin oder dem Präsidenten des Landtags**, die in Bezug auf den Inhalt der politischen Bildungsarbeit **keinen fachlichen Weisungen**, sondern lediglich gesetzlichen Vorgaben unterliegt.“

Die Landeszentrale für politische Bildung in NRW weist im Ländervergleich bisher die geringste Absicherung ihrer Überparteilichkeit auf. Mit einem Gesetz soll sie nun aus der Exekutive gelöst werden.

Transferstelle politische Bildung

© Dr. Helle Becker

23

Gegenwehr: Gutachten

Stellungnahme des Deutschen Jugendinstituts e.V. zum Antrag der Fraktion der AfD im Landtag NRW zur Wahrung der politischen Neutralität bei öffentlich geförderten Trägern der Kinder- und Jugendhilfe (Drucksache 18/13826)

Im Rahmen der Anhörung von Sachverständigen des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am 2. Oktober 2025

Stellungnahme des Deutschen Jugendinstituts e.V. zum Antrag der Fraktion der AfD im Landtag NRW zur Wahrung der politischen Neutralität bei öffentlich geförderten Trägern der Kinder- und Jugendhilfe (Drucksache 18/13826)

Transferstelle politische Bildung

© Dr. Helle Becker

Prof. Dr. Friedhelm Hufen: Zur Bedeutung des sogenannten Neutralitätsgebots für zivilgesellschaftliche Vereine der Demokratie- und Jugendarbeit. Rechtsgutachten

Prof. Dr. Friedhelm Hufen: Zur Bedeutung des sogenannten Neutralitätsgebots für zivilgesellschaftliche Vereine der Demokratie- und Jugendarbeit. Rechtsgutachten

<https://www.collex-stiftung.org/de/beitraege/hufen-rechtsgutachten>

Das Neutralitätsgebot in der Bildung

Hendrik Cremer: Das Neutralitätsgebot in der Bildung. Neutral gegenüber rassistischen und rechtsextremen Positionen von Parteien?

<https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/63942>

Malte Stewikowitz
Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Sicherheitsrecht und das Recht der neuen Technologien, Universität Passau
Schriftliche Stellungnahme
zur Anhörung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend des Landtags Nordrhein-Westfalen, Antrag der Fraktion der AfD „Wahrung der politischen Neutralität bei öffentlich geförderten Trägern der Kinder- und Jugendhilfe statt parteipolitischer Agitation“ (18/13826)

24

Gegenwehr: Gesetze

Aus dem Allgemeinen Gleichheitssatz des Art. 3 (1) des Grundgesetzes und den Rechten der politischen Parteien des Art. 21 (1) GG wird ein staatliches Neutralitätsgebot abgeleitet. Danach sind staatliche Hoheitsträger dazu verpflichtet, Parteien grundsätzlich in gleicher Weise zu behandeln. Frei Träger soll dieses Gebot mit der Verwendung öffentlich Zuwendungen ebenso gelten. Dem wird in Rechtsgutachten von **Hufen** und **Cremers** widersprochen:

In Bezug auf Freie Träger verweist **Hufen** auf die Unterschiede in der Verfasstheit der Institutionen: Freie Träger sind Grundrechtsträger, die vor unbefugter Machtausübung des Staates geschützt sind, und nicht Grundrechtsadressaten, heißt: das Empfangen von staatlichen Geldern in Form von Zuwendungen bedeutet nicht, dass das Handeln der Zuwendungsnehmer damit zu hoheitlichem Handeln wird. (**Hufen** 2018, S. 219)

Nach **Cremers** bedeutet aber auch das **für öffentliche Bildungsträger gültige Gebot staatlicher Neutralität** keinesfalls ein Geltenlassen jeglicher Position im Diskurs:

„Der aus den Menschenrechten abzuleitende und rechtsverbindliche Bildungsauftrag würde leerlaufen, wenn das Gebot der Chancengleichheit der Parteien so interpretiert würde, dass rassistische und rechtsextreme Positionierungen von Parteien nicht als solche thematisiert werden könnten“ (2019, S. 21).

Statt eines allgemeinen Neutralitätsgebots, gilt ein Gebot der Sachlichkeit:

„Auseinandersetzung mit den ideologischen Grundlagen und den allgemeinen Zielen und Inhalten einer Partei ist ebenso wenig Eingriff und Verstoß gegen das Neutralitätsgebot wie das Zitat aus Parteiprogrammen, die sachliche Information über die Aktivitäten der jeweiligen Partei und eine Schilderung von deren eigenen Versuchen, Jugendliche und andere soziale Gruppen zu beeinflussen“ (**Hufen** 2018, S. 218 f.).

Gegenwehr: Analysen

Wie politisch neutral...

...muss politische Bildung in der Jugendarbeit sein?

Politik

Die politische Bildung ist ein zentraler Bestandteil der politischen Arbeit. Sie zielt darauf ab, das politische Bewusstsein der Bürger zu stärken und sie zu einer aktiven Teilnahme am politischen Leben zu befähigen. In der Jugendarbeit ist dies besonders wichtig, da Jugendliche in dieser Phase ihres Lebens besonders empfänglich für politische Bildung sind. Die politische Bildung sollte nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch ausgerichtet sein, um Jugendliche zu befähigen, ihre politischen Rechte wahrzunehmen und ihre politischen Interessen zu vertreten.

Die politische Bildung ist ein zentraler Bestandteil der politischen Arbeit. Sie zielt darauf ab, das politische Bewusstsein der Bürger zu stärken und sie zu einer aktiven Teilnahme am politischen Leben zu befähigen. In der Jugendarbeit ist dies besonders wichtig, da Jugendliche in dieser Phase ihres Lebens besonders empfänglich für politische Bildung sind. Die politische Bildung sollte nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch ausgerichtet sein, um Jugendliche zu befähigen, ihre politischen Rechte wahrzunehmen und ihre politischen Interessen zu vertreten.

Agif Sachsen: <https://mut-cms.agif-sachsen.de/news/broschuere-jugendarbeit-im-gegenwind-2.html>

Jugendarbeit im Gegenwind



Sämann, Jana (2020): „Dieser Angriff gilt nicht nur uns, sondern einer demokratischen Zivilgesellschaft überhaupt“. Das Postulat eines „Neutralitätsgebots“ als Strategie der Delegitimierung emanzipatorischer Kinder- und Jugendarbeit
Deutsche Jugend 68 (2020) 10, S. 424-431,
https://www.pedocs.de/volltexte/2025/33747/pdf/Saemann_2020_Dieser_Angriff_gilt_nicht.pdf

428 Politik und Jugendarbeit

Jana Sämann

„Dieser Angriff gilt nicht nur uns, sondern einer demokratischen Zivilgesellschaft überhaupt“

Das Postulat eines „Neutralitätsgebots“ als Strategie der Delegitimierung emanzipatorischer Kinder- und Jugendarbeit

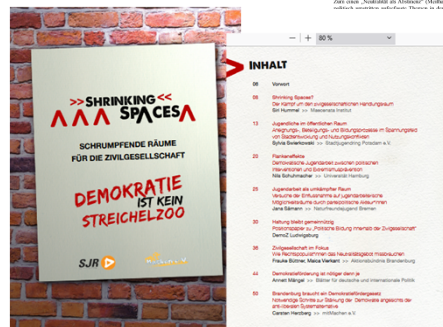
Der vorliegende Artikel beruht auf dem Vortrag „Neutralität als postmoderne Antwort auf Bildung“, welcher am 26. September 2019 im Rahmen der Fortbildung „Ziele Bildung in Schickles Fächer“ bei der Landeskonferenz der Kulturbildung in Bremen gehalten wurde. Im Nachhinein überprüfte ich verschiedene Aussagen von „Neutralität“, die die politische Bildung betreffen, und fand, dass die Fächer auf den aktuellsten Stand der Forschung und der politischen Bildung beruhen. Ich möchte hier die Ergebnisse meiner Überlegungen darlegen, die ich in der Fortbildung mit den Teilnehmenden diskutiert habe. Ich hoffe, dass diese Überlegungen zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der politischen Bildung beitragen können.

Verständnis Neutralitätskonzepte in der Bildungspolitik

Im Bereich der politischen Bildung beschäftigen mich seit dem vergangenen Jahr zwei Themen, die ich in diesem Artikel vorstellen möchte. Es geht um die Frage, wie die politische Bildung in der Bundesrepublik Deutschland aussieht, und um die Frage, wie die politische Bildung in der Bundesrepublik Deutschland aussieht, und um die Frage, wie die politische Bildung in der Bundesrepublik Deutschland aussieht.

Neutralität als „Abstraktion“

Der Begriff „Neutralität“ ist ein zentraler Begriff in der politischen Bildung. Er wird oft verwendet, um die politische Bildung zu beschreiben, die sich nicht für eine bestimmte politische Position oder eine bestimmte politische Gruppe engagiert. In der politischen Bildung ist Neutralität ein zentraler Begriff, der oft verwendet wird, um die politische Bildung zu beschreiben, die sich nicht für eine bestimmte politische Position oder eine bestimmte politische Gruppe engagiert.



Gegenwehr: Öffentlicher Diskurs

„Die Basis der politischen Bildung ist ein demokratisch-humanistisches Selbstverständnis, welches im eindimensionalen links-rechts-Spektrum nicht zu verorten ist.
Demokratiefeindlichkeit ist ein Problem, das alle Demokrat*innen angeht. Politische und mediale Debatten über politische Bildung entlang der Koordinaten „links gegen rechts“ helfen nur der Bewegung des autoritären Nationalradikalismus, indem sie ihr Opfernarrativ bedient. [...] Die links-rechts-Einordnung verschleiern zudem die Vielfalt in der politischen Bildung und ihrer Akteure.“

Laux, Thomas Lindenauer Teresa (2024): Engagiert und gefährdet. Ausmaß und Ursachen rechter Bedrohungen der politischen Bildung in Sachsen. Ein Projekt der Otto Brenner Stiftung, Frankfurt am Main 2024
https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AP68-Engagiert-und-gefaehrdet.pdf

Politische Bildung in der Erwachsenenbildung

Transferstelle politische Bildung

© Dr. Helle Becker

29

Gegenwehr: Kampagnen

ZUSAMMEN FÜR DEMOKRATIE
 Im Bund. Vor Ort. Für Alle.

<https://www.evangelische-akademien.de/news/online-veranstaltungsreihe-zusammen-fuer-demokratie/>

#EsGehtUnsAlleAn: Die Evangelischen Akademien in Deutschland e. V. (EAD)
 sind Mitglied im Bündnis „Zusammen für Demokratie“, in dem sich aktuell 73 Organisationen zusammengeschlossen haben, um Demokratie und Menschenrechte zu verteidigen. Über das Jahr hinweg finden vielfältige Veranstaltungen und Aktionen statt, die Haltung stärken und zivilgesellschaftliches Engagement fördern.

- Gemeinnützigkeit: Dürfen sich Vereine politisch engagieren?
- Abmahnungen?! – Erfolgreich abgewehrt!
- Presse- und Äußerungsrecht – Was darf man eigentlich noch sagen?!

STELLUNGNAHMEN ZUR DEMOKRATIE
 Drei Schritte auf dem Weg zu einer neuen Streitkultur

POSITIONIERUNG, KONFLIKT UND LÖSUNG
 Drei Schritte auf dem Weg zu einer neuen Streitkultur

https://www.evangelische-akademien.de/wp-content/uploads/2025/11/Stellungnahme-Streitkultur_Oktober-2025.pdf?x60393

Politische Bildung in der Erwachsenenbildung

Transferstelle politische Bildung

© Dr. Helle Becker

30

Politische Bildung in der Erwachsenenbildung

Gegenwehr: Kampagnen

Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke e.V. (aksb)

„Mit der Kampagne „Finger weg! Angst regiert – Deutschland verliert.“ zeigen wir, welche Risiken mit Populismus und Ideologien verbunden sind, bieten Infos über verschiedene politische Richtungen und helfen, Fakenews zu erkennen. Schau gerne rein.“

<https://www.aksb.de/fingerweg>

Transferstelle politische Bildung **b**

© Dr. Helle Becker



finger weg von unserer Demokratie

Rechtspopulistische Parteien gefährden unsere freiheitliche Grundordnung.

31

Politische Bildung in der Erwachsenenbildung

Gegenwehr: Fachliche Beratung

AGOT

Arbeitsstelle der AGOT NRW zum Neutralitätsgebot in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

Neutralität als Schutz der Demokratie – Nicht als Verzicht auf Haltung

Die Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft Offene Türen (AGOT) ist die Interessen der Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) auf Landesebene zu vertreten und in deren Belangen zu unterstützen. Die Förderung von Demokratie und Miteinwirkung gehört zu den zentralen Aufgaben der OKJA und der AGOT NRW. Dazu basiert auf Grundideen der Demokratie, der Menschenrechte und der sozialen Gerechtigkeit. Im Blick auf die 17 Kinder- und Jugendziele der Bundesregierung (2022) der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) ist es Aufgabe der AGOT, in deren Demokratisierungsprozess immer wieder engagiert und unterstützend zu sein.

Unser gesellschaftlicher Auftrag verpflichtet uns zur politischen Bildung

§12 SGB VIII, als zentraler Auftrag für die Offene Kinder- und Jugendarbeit steht die Förderung junger Menschen in der Miteinwirkung. Die 16- bis 18-jährigen Menschen zur Selbstbestimmung, gesellschaftlicher Miteinwirkung und aktiven Engagements zu befähigen. Die Aufgaben der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sind es, die Interessen der jungen Menschen entgegen zu nehmen und ihnen eine bestmögliche Lebens- und Lebensgestaltung zu ermöglichen. Die Aufgaben der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sind es, die Interessen der jungen Menschen entgegen zu nehmen und ihnen eine bestmögliche Lebens- und Lebensgestaltung zu ermöglichen. Die Aufgaben der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sind es, die Interessen der jungen Menschen entgegen zu nehmen und ihnen eine bestmögliche Lebens- und Lebensgestaltung zu ermöglichen.

Was ist das Neutralitätsgebot?

Das Neutralitätsgebot liegt der Bundesländer-Kommunikation zu Grunde, welches als Orientierungsrahmen für die politische Bildung in Deutschland fungiert. Der Bundesländer-Kommunikation wurde 1978 beschlossen und enthält wesentliche Grundprinzipien.

<https://www.agot-nrw.de/wp-content/uploads/2025/06/AGOT-NRW-Neutralitaetsgebot.pdf>

AGOT NRW:

<https://www.agot-nrw.de/wp-content/uploads/2025/06/AGOT-NRW-Neutralitaetsgebot.pdf>

© Dr. Helle Becker

AdB + DBJR:

<https://www.adb.de/service/publikationen/weitere-veroeffentlichungen/mythos-neutralitaetsgebot-handreichung>

Mythos Neutralitätsgebot. Eine Handreichung

vhs Deutscher Volkshochschul-Verband

Transferstelle politische Bildung **b**

Volkshochschule als Ort der Demokratie

Hilfestellungen zum Umgang mit antidemokratischen Äußerungen und Gruppierungen

DVV-Handreichung:

<https://www.volkshochschule.de/medien/downloads/bildungspolitik/2021-handreichung-vhs-als-orte-der-demokratie.pdf>

Hochschule Niederrhein
University of Applied Sciences

BEWARE
Bedrohte Demokratieprojekte wappnen und resilient machen

BEWARE: Neue Praxistools zum Umgang mit Bedrohungen in der Demokratiearbeit

<https://www.hs-niederrhein.de/socon/projekte/>

Begleitheft

Anleitung

32



Gegenwehr: Politik

**Antwort der Bundesregierung
auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU vom 24.02.2025
– Drucksache 20/15035 –
Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen**

Vorbemerkung der Bundesregierung

Der freiheitliche demokratische Verfassungsstaat lebt von zivilgesellschaftlichem Engagement für ein friedliches und respektvolles Zusammenleben und dem Einsatz gegen menschen- und demokratiefeindliche Phänomene. **Es ist die Verantwortung des Staates, im Rahmen einer wehrhaften Demokratie für den Erhalt der freiheitlichen demokratischen Grundordnung einzutreten** (vgl. BVerfGE 162, 207 <Rn. 116>). Hierzu zählt auch die aktive und passive Förderung bürgerschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Engagements, entweder durch Zuwendungen gemäß der §§ 23, 44 der Bundeshaushaltsordnung (BHO) und/oder durch Steuerbegünstigung gemäß der §§ 51 ff. der Abgabenordnung (AO) (bzw. Regelungen in den Einzelsteuergesetzen). Daher hat die Bundesregierung in den letzten Jahrzehnten – in einem parteiübergreifenden Konsens – zivilgesellschaftliches Engagement unterstützt und gefördert, um zivilgesellschaftliches Engagement für ein vielfältiges und demokratisches Miteinander und die Arbeit gegen Radikalisierungen und Polarisierungen in der Gesellschaft zu stärken. Die Wichtigkeit der Aufgabe, Hass und Hetze entgegenzutreten und die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu stärken, wurde auch im Deutschen Bundestag immer wieder hervorgehoben.



Gegenwehr: Politik + Verwaltung

Externes Ergebnisprotokoll

Jugend- und Familienministerkonferenz 2025



Vorsitz:
Frau Senatorin Kaenja Bekeris
Behörde für Schule, Familie und Berufsbildung



Beschluss der Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) am 22./23. Mai 2025 in Hamburg: Jugendarbeit stärken
- Für einen demokratischen Diskurs,
https://mffki.rlp.de/fileadmin/07/Bilder/Themen/Demokratie/jfmk_Beschluss-_jugendarbeit_staerken.pdf

„Die JFMK beobachtet, dass Träger und Fachkräfte der Jugendarbeit sowie Ehrenamtliche und jugendpolitische Gremien vor Ort (u. a. Jugendbeteiligungsgremien etc.) zunehmend mit demokratie- und menschenfeindlichen Überzeugungen von Vertreterinnen und Vertretern rechtsextremistischer Positionen konfrontiert werden.“
„Neutralität im Sinne der Verfassung bedeutet Unparteilichkeit, nicht aber Wertefreiheit oder gar Positionlosigkeit. Positionen und Äußerungen außerhalb demokratischer Werte müssen durch Träger und Fachkräfte der Jugendarbeit als solche aufgezeigt und entsprechend behandelt werden. Das kann auch den Ausschluss von Vertreterinnen und Vertretern solcher Haltungen beinhalten – auch zum Schutz von jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die ggf. von entsprechenden Äußerungen und Handlungen negativ betroffen sind.“

Interpretationshilfe

zum Umgang mit dem Neutralitätsgebot

Eine funktionierende Demokratie braucht die Mitglieder der Gesellschaft um demokratische Werte zu leben und zu verteidigen. Sie lebt durch Menschen, die für Demokratie einstehen, die gestalten wollen und die sich für ein friedliches, respektvolles Miteinander einsetzen.

Eine bedeutende Rolle haben hier die unterschiedlichen Arbeitsfelder der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (Jugendarbeit, Hilfen zur Erziehung, Familienbildung etc.), Antidiskriminierung und Vielfaltarbeit sowie Demokratieförderung. Sie sind Teil einer wichtigen Infrastruktur für demokratische Teilhabe. Dabei ist die Arbeit der Fachkräfte auch Deutungen und Anforderungen des Neutralitätsgebotes ausgesetzt. Für die Fachkräfte entstehen jedoch zunehmend Verunsicherungen, wie dieses zu handhaben ist.

Diese allgemeine Verunsicherung wird begleitet von demokratiekritischen Anfragen, Anschuldigungen und Störungen, teilweise verbunden mit Aggressivität und Gewalt. Beispielsweise ist das die aggressive Infragestellung eines Projektträgers, dem selbst ein extrem rechter Koffer mangelnde Neutralität vorgeworfen wird, in anderen Fällen handelt es sich um die Unterstellung einer ideologischen Motivation, sowohl bei der Auswahl von Podiumsteilnehmerinnen bei Veranstaltungen, als auch bei der Themensetzung kultureller Projekte. Dieses Schreiben soll Fehlinterpretationen richtigstellen und für mehr Handlungssicherheit sorgen.

Das Neutralitätsgebot ist in der Verfassung nicht ausdrücklich geregelt. Die Artikel 21 Abs. 1 Satz 1 Grundgesetz (GG) sowie Artikel 5 PartGG allein können nicht auf ein Neutralitätsgebot reduziert werden, sondern sind im Zusammenhang mit anderen verfassungsrechtlichen Geboten einzuordnen. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Menschenwürde, der Wissenschaftsgehalt der Grundrechte und die sogenannten Strukturprinzipien (Demokratie-, Sozialstaats- und Rechtsstaatsprinzip einschließlich Gewaltenteilung), die als Grundsätze in der Verfassung festgeschrieben sind (vgl. Art. 1 bis 20 GG, insb. Art. 19 Abs. 2 GG sowie Art. 79 Abs. 3 GG).

Neutralität im Sinne der Verfassung bedeutet parteipolitische Überparteilichkeit, nicht aber Wertefreiheit oder gar Positionlosigkeit.

Positionen und Äußerungen **außerhalb demokratischer Werte** müssen sowohl durch Beschäftigte des Staates, als auch durch Träger und Fachkräfte der oben genannten Arbeitsbereiche als solche aufgezeigt und entsprechend behandelt werden. Beschäftigte und Bedienstete des Staates sind darüber hinaus sogar verpflichtet, die freiheitlich-demokratische Grundordnung nicht nur zu repräsentieren, sondern auch zu verteidigen.

Ministerium für Familie, Frauen Kultur und Integration RP:
<https://demokratie-gewinnt.rlp.de/wp-content/uploads/sites/17/2025/07/interpretationshilfe-Neutralitaetsgebot.pdf>



Politische Bildung in der Erwachsenenbildung



Gegenwehr: Öffentlicher Diskurs

„Gegenüber der (Kommunal-)Politik, der Bevölkerung und der Öffentlichkeit besteht der Wunsch nach **mehr Vertrauen, Anerkennung und Unterstützung in der Zusammenarbeit**. Die politische Bildung erbringt wichtige Leistungen für die Stärkung der Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dies könnte stärker anerkannt werden, gerade in Zeiten, in denen die politische Bildung von rechts vermehrt diffamiert und delegitimiert wird.“

„**Ein wichtiges Thema ist die Finanzierung und Organisation der politischen Bildung**, wobei die Sorge besteht, dass die bestehende prekäre Finanzierung mittelfristig aufgrund von Sparzwängen oder dem Einfluss der AfD noch weiter sinken könnte. Die prekäre Finanzierung führt zu einem dazu, dass qualifizierte und engagierte Personen die politische Bildung verlassen. Zum anderen ist die Finanzierung der Vielfalt in der politischen Bildung der Schlüssel dafür, unterschiedliche Zielgruppen zu erreichen und lokale demokratische Strukturen zu stärken.“

Laux, Thomas Lindenauer Teresa (2024): Engagiert und gefährdet. Ausmaß und Ursachen rechter Bedrohungen der politischen Bildung in Sachsen. Ein Projekt der Otto Brenner Stiftung, Frankfurt am Main 2024
https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AP68-Engagiert-und-gefaehrdet.pdf

Transferstelle politische Bildung 

© Dr. Helle Becker

35

Politische Bildung in der Erwachsenenbildung



Perspektiven

- Gutachten, Stellungnahmen, Handreichungen, Empfehlungen nutzen.
- In der Öffentlichkeit argumentieren, strategisch kommunizieren und widersprechen. Nicht-Handeln ist auch eine Aussage!
- Organisationen/Einrichtungen/Träger, Leitungen, Teams sollten Begriffe und Räume selbstbewusst besetzen und klar für Demokratie und Menschenrechte eintreten, Kommunikationsstrategien überdenken und Handlungsleitlinien aufstellen, die allen Mitarbeitenden den Rücken stärken.
- Mitarbeitende nicht allein lassen.
- Kollegialen Austausch, Beratung, Vernetzung und Solidarität anregen und ermöglichen, um sich gegenseitig zu unterstützen.
- Politische Allianzen suchen.

Transferstelle politische Bildung 

© Dr. Helle Becker

36

TRANSFER FÜR BILDUNG

www.transfer-politische-bildung.de

Transfer für Bildung (TfB) e.V.
setzt sich für den Austausch und
die Zusammenarbeit von
Wissenschaft und Praxis der
politischen, internationalen und
kulturellen Bildung ein.



Dr. Helle Becker
Expertise & Kommunikation für Bildung

Working Paper 2

**Monitor: Wirkungsforschung zur
nonformalen politischen Bildung**
Bestandsaufnahme und Analyse von
Forschungssituation und Fachdebatte



Posenau, Dirk / Becker, Helle / Hansek, Marcel

Working Paper 3

**Monitor: Evaluation im Bereich der
nonformalen politischen Bildung**
Bestandsaufnahme und Analyse von
Forschungssituation und Fachdebatte



Hansek, Marcel / Becker, Helle / Posenau, Dirk

Working Paper 1

**Monitor: Empirische Grundlagenforschung
zur Praxis nonformaler politischer Bildung**
Bestandsaufnahme und Analyse von
Forschungssituation und Fachdebatte



Posenau, Dirk / Becker, Helle / Hansek, Marcel



Entstanden im Rahmen des Projekts
Fachstelle politische Bildung - Wissensnetz

Entstanden im Rahmen des Projekts
Fachstelle politische Bildung - Wissensnetz

Entstanden im Rahmen des Projekts
Fachstelle politische Bildung - Wissensnetz

© Dr. Helle Becker